

Inhalt

Vorwort	23
Kapitel 1: Untersuchungsobjekt und einleitende Abgrenzungen	25
I. Aufgabenstellung der Untersuchung	25
II. Zum Transferbegriff	27
III. Abgrenzung der behandelten Transferbereiche	28
IV. Zur Messung der Transfereffekte	30
V. Beurteilungskriterien für Transfers	31
Kapitel 2: Allgemeine Transfers zur Erhöhung des verfügbaren Einkommens von Familien und Haushalten	32
I. Ziele, Gestaltungen und Probleme der allgemeinen Transfers	34
1. Differenzierung der Steuerbelastung zugunsten von Familien und Haushalten im Rahmen der Einkommensteuer, der Vermögensteuer und der Erbschaftsteuer (implizite Transfers)	34
a) Ehegattensplitting (Nr.1)	35
b) Kinderfreibeträge in der Einkommensteuer (Nr.2-4)	36
c) Kinderfreibeträge bei der Vermögensteuer (Nr.5)	38

d) Kinderfreibeträge bei der Erbschaftsteuer (Nr.6)	38
e) Sonderausgaben für Vorsorgeaufwendungen nach § 10 EStG (Nr.7)	40
f) Vergünstigungen bei der Ermittlung der Einkünfte	42
g) Arbeitnehmer- und Weihnachtsfreibetrag (Nr.8)	43
h) Steuervergünstigungen für Lohnzuschläge bei Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit (Nr.9)	44
i) Sonstige Steuervergünstigungen für Arbeitnehmer	44
j) Freibeträge für freie Berufe (Nr.10)	45
k) Steuervergünstigungen für Land- und Forstwirte (Nr. 11-13)	45
l) Sonderregelungen zur Berlinförderung (Nr.14 und 15)	46
2. Direkte monetäre Transfers zugunsten der Familien und Haushalten	49
a) Kindergeld (Nr.16)	49
b) Erziehungsgeld des Bundes und ergänzende Leistungen der Länder (Nr.17 und 18)	51
c) Familiendarlehen (Nr.21)	53
d) Weitere Maßnahmen zugunsten von Kindern und Jugendlichen	53
e) Familienbezogene Leistungen bei der Besoldung im öffentlichen Dienst (Nr.23 und 24)	53
f) Bergmannsprämien (Nr.25)	54
II. Unzulänglichkeiten der Gestaltung familienbezogener Transfers und Ansatzpunkte zielgerichteter Reformen	54
1. Gestaltungsprobleme des Familienlastenausgleichs	55
a) Mängel des dualen Systems	55
b) Neugestaltung des Familienlastenausgleichs	61
2. Berücksichtigung weiterer familienbezogener Transfers	66
a) Duales System und Erziehungsgeld	68
b) Kinderkomponente im Ortszuschlag der Staatsbediensteten	68

c) Transfereffekte der Berlinförderungsmaßnahmen	68
d) Beurteilung der familienbezogenen Transfers	69
Kapitel 3: Transferbereich Ausbildung und Fortbildung	70
I. Die Maßnahmen der Ausbildungsförderung	72
1. Ausbildungsfreibeträge (Nr.26)	72
2. BAföG-Leistungen (Nr.27)	74
3. Sonstige Maßnahmen der Ausbildungsförderung (Nr.28-31)	75
II. Unzulänglichkeiten des Ausbildungsförderungssystems und Reformansätze	80
1. Die Mängel der derzeitigen Ausbildungsförderung	80
2. Ansätze für eine Reform des Ausbildungsförderungssystems	81
III. Fortbildungsmaßnahmen	83
1. Elternunabhängige BAföG-Förderung (Nr.32)	83
2. Berufsausbildungsbeihilfe für Auszubildende (Nr.33)	84
3. Berufsausbildungsbeihilfe für Arbeitslose (Nr.34)	85
4. Bildungsbeihilfe für arbeitslose Jugendliche (Nr.35)	85
5. Förderung der beruflichen Fortbildung und Umschulung durch Unterhaltsgeld (Nr.36)	86
6. Sonstige Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	86
IV. Abstimmungserfordernisse zwischen den einzelnen Maßnahmen	87

Kapitel 4: Transferbereich Wohnen	90
I. Begünstigungen der Wohnungsnutzung	92
1. Sozialer Wohnungsbau und Sozialmieten (Nr.41)	92
2. Wohngeld (Nr.44)	98
3. Freistellung der Mieten von der Umsatzsteuer (Nr.46)	99
II. Förderung der Vermögensbildung im Wohnungssektor	100
1. Förderung des Erwerbs selbstgenutzten Wohneigentums	101
a) Begünstigung des Bausparens durch Bausparprämien (Nr.47)	101
b) Förderung des Bausparens durch Sonderausgabenabzug nach § 10 Abs. 1 Ziff. 3 EStG (Nr.48)	103
c) Bausparförderung durch Arbeitnehmersparzulagen (Nr.80)	104
d) Freistellung der Mietwerte selbstgenutzten Wohneigentums von der Einkommensbesteuerung (Nr.49)	104
e) Förderung des Erwerbs selbstgenutzten Wohneigentums durch Sonderausgabenabzug nach § 10e EStG (Nr.50)	107
f) Baukindergeld nach § 34f EStG (Nr.51)	108
g) Erhöhte Abschreibungen nach § 7b EStG (Nr.52)	108
h) Förderung selbstgenutzten Wohneigentums im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus (Nr.53-58)	110
i) Förderung selbstgenutzten Wohneigentums für Staatsbedienstete (Nr.61)	111
j) Zinszuschüsse und zinsverbilligte Darlehen der Arbeitgeber (Nr. 62)	112
2. Allgemeine Förderung des Wohnungsbaus privater Haushalte	112
a) Degressive Abschreibungen gemäß § 7 Abs. 5 EStG (Nr.63)	112
b) Grundsteuerbefreiung für neugeschaffene Wohnungen (Nr.64)	113

c) Direkte und indirekte Subventionen für den Modernisierungs- und Instandsetzungsaufwand (Nr.65-70)	114
d) Sonderregelungen für Berlin (Nr.71-74)	114
III. Verteilungswirkungen der wohnpolitischen Transfer- arten und Ansätze für eine Neugestaltung dieser Förderungsmaßnahmen	115
1. Unterschiede in den Transfereffekten bei den einzelnen Haushalten	115
2. Ansätze einer Neugestaltung des wohnungspolitischen Förderungsinstrumentariums	120
Kapitel 5: Transferbereich: Förderung der Vermögens- bildung in breiten Bevölkerungsschichten	127
I. Maßnahmen zur Förderung der Vermögensbildung	129
1. Sparerfreibetrag (Nr.75)	129
2. Prämien nach dem Sparprämiengesetz (Nr.76)	131
3. Sonderausgabenabzug von Beiträgen für Lebensversicherungen (Nr.77)	131
4. Steuerfreiheit von Erträgen aus Lebensversicherungen (Nr.78)	132
5. Steuerbegünstigte Berlindarlehen (Nr.79)	133
6. Arbeitnehmersparzulage (Nr.80)	134
7. Steuerfreiheit von Vermögensbeteiligungen, die Arbeitnehmer von ihren Arbeitgebern erhalten (Nr.81)	136
8. Begünstigung von Arbeitgeberleistungen zur Altersvorsorge (Nr. 82 und 83)	136

9. Pensionsrückstellungen	137
II. Verteilungswirkungen vermögenspolitischer Transfers und Weiterentwicklung der Vermögenspolitik	138
1. Verteilungswirkungen vermögenspolitischer Transfers bei verschiedenen Haushaltstypen	138
2. Zielgerichtete Neuordnung der vermögenspolitischen Transfers	141
Ergebnisse und Ausblick	145
Anhang: Übersicht über die einzelnen Transferarten	153
Anlage	321
Literaturverzeichnis	325